

PARTEITAG / Beschluss zur sozialen Sicherung schließt das Grundeinkommen nicht auf Dauer aus

Grüne schieben den Linksruck auf

Bundesvorstand setzt seinen Leitantrag durch - Kritiker eingebunden
Mit dem Beschluss, Hartz IV auszubauen und die Debatte über das Grundeinkommen weiterzuführen, haben die Grünen auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg einen Kompromiss gefunden: Der Bundesvorstand bleibt unbeschädigt, und die Basis ist auch zufrieden.

CHRISTOPH FAISST

Links gegen Realo, Basis gegen Bundesvorstand, Vision gegen Auslaufmodell. Kein Thema war im Vorfeld der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der Grünen in Nürnberg so hochgespielt worden wie die Debatte über die Zukunft des Sozialstaats. "Eine klare Richtungsentscheidung" kündigte auch Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke im Vorfeld an. Und mancher spekulierte prompt über den Rücktritt des Bundesvorstandes im Falle einer Niederlage – zu gut war dessen Schluppe vom Göttinger Sonderparteitag zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr in Erinnerung. Dazu der Streit um die Äußerungen des Finanzexperten Oswald Metzger über sozial Schwache. Metzger "soll beweisen, wie man ein Kind mit 2,50 Euro am Tag gesund ernähren kann", wettete Grünen-Chef Reinhard Bütikofer angesichts der geltenden Regelsätze und erntete tosenden Beifall.

Bütikofer forderte stattdessen einen "Aufbruch für eine neue soziale Politik" und ein "klares Leitbild". Aus seiner Sicht - also der des Bundesvorstandes – eine Fortentwicklung der Hartz-IV-Regeln zur "grünen Grundsicherung". Dagegen standen die Verfechter des bedingungslosen Grundeinkommens, allen voran der Landesverband Baden-Württemberg. Fast demonstrativ wurde die offene Diskussion beschworen, das grüne Prinzip der inhaltlichen Diskussion abseits von Machtfragen. "Entscheidet in der Sache", rief Bütikofer den Delegierten zu, "nicht, weil angeblich der Bundesvorstand unter Druck steht." Nach etlichen Stunden Redemarathon und Abstimmung gab es dann doch nur Sieger. Mit 58,62 Prozent brachte der Bundesvorstand seinen Leitantrag durch: Hartz IV wird ausgebaut, die Regelsätze werden erhöht, die Bedarfsprüfung bleibt. Die Debatte um die Führungsstärke des Duos Reinhard Bütikofer und Claudia Roth war vom Tisch. Und die Delegierten aus Baden-Württemberg, die sich für das bedingungslose Grundeinkommen in Höhe von 420 Euro ohne generelle Prüfung der Bedürftigkeit stark gemacht hatten, focht die Niederlage nicht an. "Ich hatte gestern ein noch schlechteres Ergebnis erwartet", sagte die Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl. Und vor allem: Die Debatte sei weiter als vor zwei Jahren, der Bundesvorstand habe viele Anregungen der Kritiker - ursprünglich gab es fast 90 Änderungsanträge - aufgenommen.

Die Debatte geht weiter

"Ich bin sehr zufrieden", sagte Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen. Es sei bei 40 Prozent "klar, dass das Thema weiter diskutiert werden muss". Einigkeit der Partei und Weiterentwicklung statt Weiterentwicklung auf Kosten der Einigkeit also. "Wir haben klar gemacht, die Grundeinkommensdebatte geht weiter", freute sich auch Tübingens OB Boris Palmer. "Wir sagen genauso deutlich: Wir bleiben auf Regierungskurs. Wir konzentrieren uns auf das rasch Machbare." Noch kurz zuvor hatte Palmer Kritik einstecken müssen. Hatte er doch im Vorfeld und nochmals in der Diskussion den Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz zum Grundeinkommen in Zweifel gezogen: Die Gesellschaft sei noch nicht bereit für dieses Modell, "wir würden Unverständnis produzieren." Er rief dazu auf, den Vorschlag des Bundesvorstands zu unterstützen: "Man kann die Ideen des Grundeinkommens attraktiv finden und erkennen, dass es dafür zu früh ist." Nicht allen gefiel das. Kotting-Uhl: "Wie oft haben wir in der

Vergangenheit Konzepte in die Gesellschaft hineingetragen, ohne zu warten, bis es soweit ist." Biographien, die nicht mehr zur sich rapide wandelnden Arbeitswelt passen, versteckte Armut, bürokratische und entwürdigende Bedarfsprüfungen, mehr Freiheit für Frauen durch Auflösung der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften -Argumente der Verfechter des Grundeinkommens. "Wollen wir zig Millionen Menschen zu Bedürftigen machen?", fragte Beate Müller-Gemmeke, die maßgeblich an der Entwicklung des baden-württembergischen Vorstoßes beteiligt war.

Schick verwies darauf, dass geschätzt mehr als zwei Millionen in Vollzeit arbeitende Menschen in Deutschland Anspruch auf Alg II haben, weil sie von ihrem Einkommen nicht leben können. Auch Kotting-Uhl nahm sich des Themas an: "Da schaffen wir ein Heer von Bedürftigen, das der Gesellschaft nicht gut tut", sagte sie, und, zum Präsidium gewandt: "Ich lüg nicht, Reinhard." Denn alle, die mit Alg II das Einkommen aus einem 400-Euro-Job aufstocken, unterfallen der Bedürftigkeitsprüfung. So würden 100 Prozent der Betroffenen verdächtigt wegen jener 3 Prozent, von denen bekannt sei, dass sie nicht arbeiten wollten. "Das wird sich nicht ändern, wenn wir im System bleiben." Doch verleitet ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht Arbeitgeber, Behinderte nicht mehr einzustellen, Männer ihre Frauen an den Herd zu stellen und bewirkt die generelle Delegitimierung des Sozialstaats? Und immer wieder Seitenhiebe gegen Metzger, jenen Mann, "der Menschen als Bühne für seinen eigenen Abgang missbraucht", wie es ein Redner nannte.

Der Gescholtene hatte seinen eigenen Antrag zurückgezogen. Wohl gelitten war er ohnehin nicht. Dass er bei der Zuteilung der Redezeit per Los kein Glück hatte, akzeptierte er nicht. Er forderte unter Pfiffen Rederecht aus "Fairness" - und erklärte nochmals seine Position, ohne den angedrohten Parteiaustritt zu vollziehen. Die Stimmung im Saal hätte ihm das durchaus nahelegen können. "Ich brauche solche Äußerungen auf Dauer nicht", sagte eine Delegierte.